

Königsberger Hartungische Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartungischen Zeitung.

Das neue türkische Kabinett.

Konstantinopel, 24. Januar (Vormittags 10 Uhr). Die Liste des neuen Kabinetts, die in der letzten Nacht dem Sultan vorgelegt wurde...

Konstantinopel, 24. Januar. Das neue Kabinett konstituierte sich in der gemeldeten Zusammensetzung. Das bezügliche Urdekret ist heute Vormittag erschienen.

Konstantinopel, 24. Januar. Mittags begaben sich die Minister in den Palast. Der Minister des Äußern Noradungian wurde gebeten, ebenfalls zu kommen...

Konstantinopel, 24. Januar. Im Publikum herrscht große Verwirrung. Bei den Ururtheilen wurden zwölf Personen verwundet und viele verhaftet.

Konstantinopel, 24. Januar. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind weitgehende Maßnahmen getroffen worden. Strenge Patrouillen durchziehen die Straßen.

Konstantinopel, 24. Januar. Die Vorkämpfer der Mächte sind heute Vormittag beim Dogen des diplomatischen Korps, dem Marschall Palkovicini zu einer Besprechung zusammengetreten.

Kriegsschiffe der Großmächte vor den Dardanellen.

Konstantinopel, 24. Januar. Die in Aussicht genommene Entsendung von Kriegsschiffen der Großmächte nach der Besetzung des Einganges der Dardanellen, findet hier volle Zustimmung. Man würde in französischen Regierungskreisen großen Wert darauf legen...

Konstantinopel, 24. Jan. Die Meldung des „Echo de Paris“, daß die Verzögerung der Vorkämpferreunion auf Sonnabend ihren Grund in einer Erklärung des italienischen Vorkämpfers in London habe...

Geschow über die bulgarisch-rumänischen Differenzen.

Sofia, 24. Januar. Das Blatt „Universal“ veröffentlicht ein Interview mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Geschow, der seine Bedauern über die bulgarisch-rumänischen Differenzen ausdrückt...

Reichsschulamt und Kaliffrage.

Konstantinopel, 24. Januar. Die kleinen Anfragen brachten heute wenig Interessantes. Auch im übrigen verlief der Tag ganz und gar nicht aufregend. Zunächst wurde die sozialdemokratische Resolution auf Errichtung eines selbständigen Reichsschulamts abgelehnt...

Sehr umfangreich gestaltete sich nun der Beginn der Kalibebate. Es handelt sich um rund 6 Millionen Mark für die Ausführung des Kalifgesetzes, und es wiederholten sich alle die Klagen, die man bereits in der Kommission gehört. Für die Sozialdemokraten sprach der Abg. Schatz...

bestätigt und gerechtfertigt wurden. War man so im großen und ganzen einig, so gingen die Neuerungen auseinander über einen Antrag Behrens, der für Propagandagelder an landwirtschaftliche Korporationen die Etatssumme um 100 000 Mark erhöht haben wollte...

Sitzung des Reichstages vom 24. Januar.

Beantwortung kleiner Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Meinigen (Fortschr. Bpt.) erwidert Geheimrat Zewelb: Es ist nicht ermittelt worden, daß die Werbemittel für die französische Fremdenlegion sich in der letzten Zeit erhöht habe...

Eine Anfrage des Abg. Lebebour (Soz.) beantwortet Geheimrat Zewelb: Die Ausschreitungen der Balkantruppen gegen Türken und Albanesen werden von Konsularberichten bestätigt. Die Befehlshaber der Balkantruppen treten den Ausschreitungen erfolgreich entgegen...

Eine Anfrage des Abg. Hoff (Fortschr. Bpt.) beantwortet Geheimrat Schmidtman: Der Abschluß der Verträge über die Diamantabgabe aus Südwestafrika fällt unter die exekutive Regierung und ist auf parlamentarische Weise unmöglich.

Weiterberatung des Etats des Innern.

Zu Titel „Reichsschulskommission“ fährt Abg. Schatz (Soz.) aus: Der Reichstag sollte die Schulangelegenheiten in den Bereich seiner Arbeiten ziehen.

Abg. Wölke (Ztr.): Unzweifelhaft wird damit auf das Reichsschulgesetz hingearbeitet. Wir verzichten aber nicht auf die Konfessionen in den Schulen. Wir machen nicht den Schritt zum sozialistischen Zukunftsstaat mit.

Abg. Hoff (Fortschr. Bpt.): Das einjährige Zeugnis sollte man nicht mit Abolierung des Seminars erteilen.

Eine Reihe weiterer Titel passierten beiseite. Bei Ausführung des Kalifgesetzes beantragt die Budgetkommission, für den Fall der Vorgehung einer Novelle zum Gesetz über den Abschlag von Kalifzinsen eine Bestimmung vorzusetzen...

Abg. Schatz (Soz.): Die Verstaatlichung der Werke ist auch heute noch die einzig richtige Lösung. Die Propagandagelder müssen richtig verwendet werden, damit nicht der Kaliberwerb und mit ihm die Bergarbeiter in Not geraten.

Unterstaatssekretär Richter: Die Kaliindustrie entwickelte sich unter dem neuen Gesetz sehr erfreulich. Die Zahl der Werke ist bedeutend gestiegen. Die Entwicklung aber birgt große Gefahren in sich. Abgesehen davon, daß bei jedem Schachtdiebstahl die Gefahr des Wasserüberschusses vorhanden ist...

Eine Ergänzung der Denkschrift dürfte in Form einer Aenderungs des Kalifgesetzes kommen. Ueber den Inhalt des neuen Gesetzes steht aber noch nichts fest. Die Arbeitszeit in den Kaliberwerken bei höherer Temperatur kann etwas größer sein als in den Kohlenbergwerken...

Abg. Speck (Ztr.): Die guten Worte des Gesetzes sind nur in bescheidenem Maße verwirklicht worden. Ein neues Gesetz muß notwendig kommen. Der Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmen wir zu. Ueber die Verwendung der Propagandagelder muß auch dem Reichstag ein Mitbestimmungsrecht zustehen.

Abg. Dr. Barwinkels (nall.): Der Referendums muß auch anderen Zwecken dienlich gemacht werden können. Die Summe für die Inlandpropaganda ist hoch genug. Der Reichstag muß darauf sehen, daß die Propaganda auch auf weitere Zeiten hinaus Wirksamkeit behält...

Abg. Franke (deutschkon.): Bedauerlich ist, daß unser Antrag auf wesentliche Erhöhung der Auslandspropagandagelder in der Kommission nicht angenommen worden ist. Wir bedauern die Ueberproduktion an Kali, weil große Kapitalien wirtschaftlich festgelegt sind...

Unterstaatssekretär Richter: Die zum Ausdruck gebrachten Wünsche werden bei Ausarbeitung des Gesetzes vom Reichsamt des Innern möglichst berücksichtigt werden. Abg. Göttsche (Fortschr. Bpt.): Die Schäden, die bis jetzt aus dem Kalifgesetz entstanden sind, haben wir vorausgesehen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Die Vermehrung der Propagandagelder für das Inland ist nötig, denn auch in Deutschland ist sehr viel Propaganda und Anflutung nötig, um möglichst weite Kreise für die Kaliverwendung zu interessieren. Der Reichstag muß die Kontrolle über die Verwendung der Propagandagelder bekommen.

Unterstaatssekretär Richter: Es ist nicht richtig, daß ich in der Kommission gesagt habe, daß der Kaliberwerb im Inlande nicht mehr gesteigert werden könne. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe dabei auf die Debländereien und Moore hingewiesen.

Abg. Dr. Ehn-Norhausen (Soz.): Entgegen allen kaufmännischen Prinzipien werden in der Kaliindustrie zur Gewinnung kleiner Vorteile ungeheure Kapitalien investiert. Das einzige Hilfsmittel gegen alle Schädigungen des Gesetzes ist die Verstaatlichung auch der Kaliindustrie. Bei der Revision des Kalifgesetzes müssen notwendig die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden.

Der Titel wird bewilligt.

Die Abstimmung über die Resolution wird morgen stattfinden.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 3/4 Uhr.

Landwirtschaftsetat.

(Originaltelegramm der „Hartungischen Zeitung“). So. Berlin, 24. Januar.

Der an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Gygling gewählte Justizrat Dr. Lichtenstein-Königsberg leitete den heutigen vierten Tag des Landwirtschaftsetats mit einer Rede ein, die von einem herzlichen Eingehen auf die Interessen der einzelnen Berufsstände seines Wahlkreises zeugte.

Von den Fischen ging es zum Weinbau. Die Ausführungsbestimmungen des Reblausgesetzes wurden verschiedentlich bemängelt. Auch der Obst- und Gartenbau fand warme Fürsprecher in der Person des fortschrittlichen Abgeordneten Dietrich-Thorn...

Aber, Herr von Schorlemer schien doch nicht die nötige Courage zu haben, seinem Kollegen im Finanzministerium mit Mehrforderungen zu kommen. Er erkannte zwar den Wert der zugrunde liegenden Gedanken als gut an, bedauerte aber, in diesem Jahre von einer Erhöhung absehen zu müssen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar.

Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung am 10 Uhr 15 Minuten.

Zweite Beratung des Landwirtschaftsetats. Zweites Kapitel: „Förderung der Fischerei“.

Abg. Lichtenstein (Fortschr. Bpt.) äußerte Wünsche bezüglich Veranzugung der Fischer zu den Gebühren für den Königsberger Seealan. (Vgl. Abendbl.)

Freiherr v. Ralhahn (kon.) tritt für eine Erhöhung des Fonds für die Fischerei ein, damit sie der ausländischen Konkurrenz beugen könne.

Abg. Schwabach (nall.): Wir hätten gewünscht, daß der Fischereigeheimrat, der dem Landtag in dieser Session nicht mehr vorgelegt werden soll, der Deffinitivität zugänglich gemacht wird.

Abg. v. Böhlenhoff-Wölpin (kon.): Auch wir halten den zur Debatte der Fischerei ausgeworfenen Betrag von 150 000 Mark für viel zu gering. Von dem neuen Gesetz erwarten wir eine energische Förderung des Fischereiwesens.

Abg. Dr. Gaigalat (Stauer): Der Fischereigeheimrat sollte allen Interessenten zugänglich gemacht werden.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Auf das Fischereigesetz will heute nicht näher eingegangen werden, da es bei der demnächstigen Beratung im Hause ausreichend und erschöpfend erörtert wird. Der Entwurf ist von zahlreichen Instanzen geprüft und von vielen mit Rathschlägen und Verbesserungsvorschlägen zurückgegeben worden.

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Freiherr v. Wolff-Metternich (Ztr.) und Dähle (Ztr.) wurde das Kapitel bewilligt.

Drittes Kapitel: „Landesmeliorationen“.

Abg. Delius (Fortschr. Bpt.) für die Regulierung der Schwarzen Elster ein.

Abg. Schwabach (nall.) wies auf die Privatmoore in Ostpreußen hin, die der Kultur erschlossen werden könnten.

Abg. Schifferer (nall.) erbat Mittel zwecks Melioration der großen Weidenflächen in Schleswig-Holstein, die zum größten Teil des Jahres unter Wasser stehen.

Abg. Glögel (nall.) regte die Gründung von Landeskulturgesellschaften an, die die praktische Ausführung der Verbesserung des Kulturbodens in die Hand nehmen sollen.

Abg. v. Stottwell (freikon.): Jedem Regierungspräsidenten sollte ein Meliorationsinspektor zur Seite gestellt werden.

Abg. Kade (Ztr.) unterstützte die Anregung des Abg. Glögel und trat für eine frühere etatmäßige Anstellung der Meliorationsinspektoren ein.

Abg. Engelbrecht (freikon.) wünschte die Regulierung einiger kleinerer Flüsse in den Kreisen Ostum und Londern, was ein Regierungskommissar zusagte.

Für die Förderung der Moorkultur traten ferner die Abg. Schifferer (nall.), Baullen (freikon.), Karstus-Ditterholz (nall.), Cauermann (Ztr.) und Gerhards (Ztr.) ein.

Das Kapitel wurde dann bewilligt.

Förderung des Obst-, Wein- und Gemüsebaues.

Abg. Kade (kon.) trat für eine größere Förderung des Obstbaues ein.

Abg. Dellstein (Ztr.) wies auf die Mängel des Gesetzes zur Reblausbekämpfung hin. Bei Ausführung des Gesetzes sollten Belastigungen der Weinbergbesitzer vermieden werden.

Abg. Heine (nall.): Den Gärtnerkreisen, die im letzten Polltarif schlechte Meglanten, muß ein erhöhter Schutz zuteil werden.

Abg. Engelbrecht (freikon.) befürwortete die Organisation der Obstproduzenten zur Hebung des Gemüsebaues. Abg. Dietrich-Thorn (Fortschr. Bpt.) beantragte, für den Fonds zur